Nummer 504

Berliner Börsen-Zeitung

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil: E. Kosiorowsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe · 10 Goldpfennig. 70. Jahrgang Sonnabend, 25. Oktober 1924

General Nollets „schmerzliche Betrachtungen".

Frankreichs wahres Gesicht.

TU Paris, 25. Oktober.

Im „Matin" veröffentlicht heute Jules Sauerwein ein Interview mit dem Kriegsminister Nollet, in dem sich dieser über seine Pläne zur Neugestaltung der französischen Armee äußert. „Fünf Jahre hat General Nollet daran gearbeitet, Deutschland zu entwaffnen," so schreibt Sauerwein, „und er tat alles, um human ein Land seiner Angriffsmittel zu berauben und gleichzeitig dachte er über das Problem der Entwaffnung nach. Er sah, wie die kleine Armee, die Deutschland gestattet ist, sich in Kaders verwandelte und konnte nichts dagegen tun. Er sah, wie die deutsche Jugend unter allen möglichen Vorwänden herangebildet wurde und konnte auch dagegen nichts tun. Er sah schließlich, wie die Wissenschaft und die Industrie des Landes für den Fall eines neuen Krieges zusammenarbeiten. Auch dagegen war er machtlos. Aber aus diesen schmerzlichen Betrachtungen entwickelte er allmählich

einen Plan zur Verteidigung gegen die Angriffe eines deutschen Gegners.

Er dachte darüber nach, wie man sich gegen eine solche Entwaffnung bewaffnen könne. Wenn er jemals wünschte, Kriegsminister zu werden, so wurde er es schließlich nicht aus Ehrgeiz, sondern um seine Erfahrungen in Deutschland zu verwerten". Nollet erklärte u. a. folgendes: „Ich sehe, daß man in der Presse vor allem meine Erklärungen über die Einschränkung der Militärdienstpflicht vor der Finanzkommission wiedergibt. Ich habe sie aus rein militärtechnischen Gründen vorgeschlagen. Man muß dem Lande ein festes militärisches Statut geben. Das System der Verteidigung darf nicht durch die äußere Lage oder durch die Bewegung unserer Bevölkerung umgeworfen werden. Die nationale Verteidigung eines Landes stützt sich aus zwei Kräfte: Die erste ist die Vorbereitung auf einen Verteidigungskrieg. Dazu gehört die Schaffung der bewaffneten Nation. Ich denke hier hauptsächlich daran, von jetzt ab eine enge Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Militär zu schaffen und zwar derart, daß jede Erfindung zur Stärkung unserer Sicherheit angewendet wird. Ebenso müssen die Industrie und die Banken bereits im Frieden zu der Rolle herangezogen werden, die sie in einem Kriege spielen. Um diese Organisation durchzuführen bedarf es der Instruktionsarmee. Diese muß jederzeit zu ihrer zweitwichtigsten Aufgabe bereit sein, nämlich zur militärischen Ausbildung der Bevölkerung und zum Schirm, hinter dem der Rest der Nation sich mobilisiert. Diese Armee muß auch den Bedürfnissen unserer Kolonien entsprechen. Die Stärke der Armee kann verschieden sein nach dem Stande der Sicherheit, in dem wir uns nach den internationalen Verträgen und den Abkommen des Völkerbundes befinden. Das große Programm, ein System der ständigen Verteidigung aufzustellen, mag ein gewaltiges Werk sein, aber wir rechnen damit, es schnell zu verwirklichen. Die technischen Einzelheiten kann ich nicht öffentlich mitteilen, aber ich kann sagen, daß unsere Arbeiten bereits sehr weit fortgeschritten sind, und daß bereits in kurzer Zeit die erste unserer Maßnahmen sichtbar wird.

Herriots Friedenslüge.

Paris, 25. Oktober.

Unter dem Vorsitz von Herriot und in Anwesenheit Doumergues hat gestern in der Sorbonne eine Kundgebung für den Völkerbund stattgefunden, in deren Verlauf die französischen Delegierten beim Völkerbund sprachen. Ferner ergriff Herriot das Wort. Er sagte, bei der diesjährigen Tagung in Genf habe Frankreich nichts verloren, es habe vielmehr moralische Eroberungen gemacht, die auch ihren Wert hätten. Wir haben, fuhr Herriot fort, ein Protokoll unterzeichnet, das den anderen Staaten sagt: Rüstet ab und wir werden auch abrüsten. Gründen wir, wenn wir können, die Vereinigten Staaten von Europa. Wenn wir das nicht können, so vereinigen wir wenigstens die Nationen guten Willens. Frankreich wird stets für den Frieden eintreten. Wir wünschen, daß unser Vaterland, welches der Welt die Anerkennung der Menschenrechte gegeben (!) hat, auch das Land ist, das an einem nicht mehr fernen Tage ausrufen kann: Man muß für alle Nationen auch das Recht der Völker proklamieren. Deutschland schwanke noch zwischen Frieden und Revanche (!). Es müsse selbst wählen.

Die deutschen Mitglieder des Sachlieferungs-Komitees.

Nachdem die Reparationskommission zu Mitgliedern des Sonderkomitees für Sachlieferungen den Franzosen Aron, den Belgier Bemelmans, den Engländer Urwick und den Italiener Laviosa ernannt hat, sind als deutsche Mitglieder der Präsident des Reichskommissariats für Reparationslieferungen Gunße, der Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium Schäffer, der Oberregierungsrat bei der Kriegslastenkommission Litter und der Baurat Dr. ing. Riepert, Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie, ernannt worden. Das Komitee wird seine Arbeiten voraussichtlich Anfang November aufnehmen.

Das Urteil im Consul-Prozeß.

Leipzig, 25. Oktober.

Hoffmann, von Killinger, Kautter wurden zu je 8 Monaten Gefängnis verurteilt, Henkel und Krebs erhielten je 6 Monate Gefängnis. v. Abendroth, Ehrentraut und Biebig wurden zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Henrich, Schüder, Siebel, Werber, Broeren und Mahn erhielten je 4 Monate Gefängnis, Freiherr von Zedlitz-Neukirch und Koppe je 3 Monate Gefängnis. Die Verurteilung erfolgte wegen Geheimbündelei. Wegelin wurde wegen Geheimbündelei und unbefugten Waffenbesitzes mit 5 Monaten Gefängnis bestraft. Den Verurteilten wird ein Teil der Untersuchungshaft angerechnet.

Englands Einspruch gegen die Sowjet-Propaganda.

London, 24. Oktober.

In dem Schreiben des Foreign Office an den Geschäftsträger der Sowjetrepublik, über das wir im heutigen Morgenblatt berichtet haben, heißt es: Die Handlungsweise des Präsidiums der Dritten Internationale stellt nicht nur eine erhebliche Abweichung von den Regeln des Internationalen Herkommens, sondern auch eine Verletzung dieser bestimmten und in feierlicher Weise mehrfach wiederholten Zusicherung dar. Die britische Regierung sei der Meinung, daß solche Vereinbarungen dem Buchstaben und dem Geiste nach ausgeführt werden müßten und daß sie es nicht gestatten könne, daß eine politische Körperschaft, die ebenso mächtig sei wie sie selbst, Propaganda treibe und mit Geld und in Verletzung abgeschlossener Verträge solche Propaganda unterstütze. Entweder habe die Sowjetregierung die Macht, solche Vereinbarungen abzuschließen, oder sie habe sie nicht. Wenn die Sowjetregierung die Macht habe, dann habe sie auch die Pflicht, solche Verträge auszuführen und darüber zu wachen, daß keine Täuschungen vorkommen. Wenn aber die Sowjetregierung diese Macht nicht habe, und wenn die Verantwortlichkeiten, die in anderen Ländern dem Staate gehören, in Rußland privaten und unverantwortlichen Körperschaften zufallen, so sollte die Sowjetregierung keine Vereinbarungen treffen, von denen sie ganz genau wisse, daß sie sie doch nicht ausführen könne. Am Schlusse des Schreibens spricht der Premierminister die Bitte aus, ihm die Bemerkungen der russischen Regierung in dieser Angelegenheit unverzüglich zukommen zu lassen.

In dem

Schreiben des Präsidiums der Exekutive der dritten Internationale

wird u. a. die Bildung von „Zellen" in allen Truppeneinheiten, Munitionsfabriken und Militärdepots gefordert. Im Falle einer Kriegsgefahr sei es dann möglich, alle militärischen Vorbereitungen der Bourgeoisie abzustören und den imperialistischen Krieg in einen Klassenkampf zu verwandeln. Die militärische Abteilung der britischen kommunistischen Partei müsse Gruppen bilden, die künftig Führer für eine britische rote Armee heranbilden.

London, 25. Oktober.

Das gestrige Schreiben des Foreign Office an Rakowski bildet die Sensation des Tages und wird von der Presse eingehend behandelt. Die Blätter sprechen von einem „Sowjet-Komplott gegen Großbritannien". Rakowski erklärt zu der ganzen Angelegenheit, er halte den dem Schreiben des Foreign Office beigefügten Brief Sinowjews für eine grobe Fälschung. Das in London befindliche englische Mitglied der kommunistischen Internationale, McManus, dessen Unterschrift das Moskauer Dokument ebenfalls trägt, erklärt, er habe dieses Dokument niemals unterzeichnet. Der Sekretär der Komunistischen Partei Großbritanniens äußert, die Partei habe das Dokument nicht erhalten. „Daily Telegraph" hält es für möglich, daß das Foreign Office das Schreiben Sinowjews veröffentlicht und einen scharfen Protest an die Sowjetregierung gerichtet hätte, ohne vollständige Sicherheit über die Echtheit des Dokuments zu haben.

Frankreich vor der bedingungslosen Anerkennung Rußlands

Paris, 25. Oktober.

„Havas" berichtet, in gewissen autorisierten Kreisen werde erklärt, die französische Regierung stehe im Begriff, sofort und bedingungslos die offizielle Anerkennung der Sowjetregierung auszusprechen. Sofort nach Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen würden Verhandlungen aufgenommen werden, um die Frage der vor der bolschewistischen Revolution vom russischen Reich kontrahierten Schulden zu regeln, und über das Schicksal des sequestrierten Eigentums französischer Staatsangehöriger zu entscheiden.

Abbruch der mexikanisch-englischen Handelsbeziehungen.

New-York, 25. Oktober.

Wie aus Mexiko gemeldet wird, hat das Außenministerium die Schließung der mexikanischen Konsulate in London, Liverpool und Glasgow sowie aller Honorar-Konsulate in Groß-Britannien angeordnet. Dies bedeutet den völligen Abbruch der mexikanischen Handelsbeziehungen zu Großbritannien.

London, 25. Oktober.

Wie Reuter aus Mexiko meldet, wird als Grund für die Schließung der Konsulate und Honorarkonsulate in Groß-Britannien angegeben, Mexiko betrachte es als unwürdig, Konsuln bei einer Regierung zu unterhalten, die keine offiziellen Beziehungen zu ihr habe.

Die unblutige Revolution in Peking.

Wu-Pei-fu geflohen.

London, 25. Oktober.

„Daily Mail" berichtet aus Peking, daß der Oberbefehlshaber der Regierungstruppen Wupeifu an Bord eines italienischen Kanonenbootes aus Tschinwangtao geflohen sei.

Aus Mukden berichtet „Daily Mail", die mandschurischen Streitkräfte Tschangtsolins hätten 25 000 Mann der Truppen der Zentralregierung, die sich auf dem Rückzuge befanden, zwischen Schanhaikwan und Tschinwangtao abgeschnitten. Präsident Tsaotun sei in die holländische Gesandtschaft in Peking geflüchtet.

Die japanische Regierung hat mit Rücksicht auf die neue Entwicklung der Dinge in China sofort Schritte getan und zwei Torpedobootszerstörer nach Tientsin beordert. Außerdem werden 200 japanische Soldaten von Port Arthur nach Schanhaiwan geschickt werden. Möglicherweise wird Japan, wie die Reutermeldung weiter besagt, noch weitere Verstärkungen der in China stationierten Streitkräfte vornehmen, wie das auf Grund des Friedensprotokolls nach dem Boxeraufstand möglich ist.

Peking, 25. Oktober.

Tsaokun, der Präsident der chinesischen Republik, hat dem Parlament seine Demission eingereicht. Dem Vernehmen nach hat Jengjuglang die Regie-

Ein Protestschritt der französischen Regierung in Berlin?

TU Frankfurt a. M., 25. Oktober.

Wie die „Frankfurter Zeitung" aus Paris meldet, hat die französische Regierung wegen der Festhaltung des französischen Freiballons durch die deutschen Behörden in Berlin einen offiziellen Schritt unternommen. Nach den Meldungen Pariser Blätter sei bei dieser Gelegenheit auch die Freigabe der zwölfer französisch-rumänischen Fluggesellschaft gehörigen Apparate verlangt worden, die im Laufe der letzten zwei Jahre auf dem Wege Prag—Paris in Deutschland hätten notlanden müssen und dort beschlagnahmt worden wären.

Nach der Zeitraumung.

Versammlung der Dienstverwaltungen des Regierungsbezirks Düsseldorf.

Düsseldorf, 24. Oktober.

In der sofort nach der Räumung der Städte Bohwinkel, Lennep und Remscheid in Vohwinkel zusammenberufenen Versammlung der Dienstverwaltungen, der Landräte und der Oberbürgermeister des Regierungsbezirks Düsseldorf nahm der stellvertretende Regierungspräsident Dr. Bergmann Anlaß, den Versammelten und durch sie der Bevölkerung die Glückwünsche der Staatsregierung, die die Presse bereits veröffentlicht hat, für die Befreiung von der Besatzung zu übermitteln. Gleichzeitig sprach er den besonders beteiligten Herren den Dank des Vaterlandes für die opferbereite Arbeit aus, die sie während der Besatzungszeit geleistet haben. Am Schluß der Versammlung dankte in ähnlicher Weise der Regierungsdirektor Hocke, der demnächst als Regierungspräsident seinen Dienst an der Regierung in Köln antritt, den Landräten und den Oberbürgermeistern für die vorbildliche Zusammenarbeit der leitenden Beamten der Landkreise, der Städte und des Bezirks während der vergangenen Jahre.

Rheinlandkommission und Eisenbahnregie.

Koblenz, 24. Oktober.

Die Rheinlandkommission hat unter dem 21. Oktober eine Sonderverordnung 275 erlassen, die sich mit der Verteilung des Erlöses aus Verkäufen von auf den rheinischen Eisenbahnen zurückgebliebenen Waren befaßt und für Streitfälle eine gemischte gerichtliche Kommission einsetzt. Eine weitere Sonderverordnung 277 hebt die Sonderverordnung 165 bezüglich der Nichtanwendung des Pressenotgesetzes im besetzten Gebiet auf.

Mainz, 24. Oktober.

Die Eisenbahnregie gibt bekannt, daß sie zwecks Erleichterung und Vereinfachung der Liquidation der Abrechnungen in den Bahnhöfen, die am 16. November stattfindet, vom 28. Oktober ab keine mit Barvorschüssen oder Nachnahmen belasteten Sendungen mehr annehmen wird.

Die Notlage der bayerischen Landwirtschaft.

TU München, 24. Oktober.

Im Haushaltsausschuß des Landtages wurde heute eine Reihe von Anträgen der verschiedensten Parteien zugunsten der notleidenden Landwirtschaft beraten. Die Berichterstatter gaben ein erschütterndes Bild der Notlage der bayerischen Landwirtschaft, die hauptsächlich durch die schweren Unwetterschäden zu leiden hatte. Abgeordneter Dr. Klippenbauer wies darauf hin, daß Deutschland in den letzten Monaten 70 bis 80 Prozent Auslandsgetreide und nur mehr 20 Prozent Inlandsgetreide zu vermahlen hatte und daß z. B. wieder eine große amerikanische Schiffsladung von 60 000 Tonnen amerikanischen Mehles unterwegs sei. Auf diese Weise würden die deutschen Mühlen nur mehr zu Mehlschindern.

— Schiedsspruch in der westfälischen Rheinund Stahlindustrie. Für die Angestellten der nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie wurde heute von dem Schlichter folgender Schiedsspruch gefällt: 1. Die tarifmäßigen Gehälter werden ab 1. Oktober 1924 in allen Gruppen um 10 Prozent erhöht. 2. Die sozialen Zulagen bleiben in alter Weise bestehen. 3. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 28. Oktober 1924. — Wie wir aus dem Reichsarbeitsministerium hören hat der Reichsarbeitsminister die für die nordwestliche Gruppe der deutschen Eisen-Industrie gefällten Schiedssprüche vom 10. 10. betreffend Lohn und vom 16. 10. betr. Arbeitszeit mit Wirkung ab 24. 10. für verbindlich erklärt.

Boykott der Linkspresse gegen Stresemann.

So ziemlich die ganze Berliner demokratische Linkspresse, voran „Germania", „Tageblatt", „Vossische Zeitung", „Vorwärts", hat von der vorgestrigen Hamburger Rede Stresemanns überhaupt nicht Notiz genommen. Der Außenminister ist für sie jetzt kein Staatsmann mehr, dessen Aeußerungen den Lesern mitgeteilt werden müßten. Die Einheitsfront von Wirt, Theodor Wolff, Georg Bernhard und Stampfer ist also hergestellt. Der geschlossene Linksblock ist einheitlich in Aktion.

•

Die Provokation in Potsdam.

Morgen findet in Potsdam die erste große Heerschau des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold statt. Die demonstrative Rede, die der Franzose Basch vor einigen Wochen in Potsdam gehalten hat, war mit dem sie begleitenden Aufgebot mehrerer Reichsbannerhundertschaften der Auftakt zu der morgigen Kundgebung. Das herablassende Lob, das der Franzose den Reichsbannerleuten und den hinter dem Reichsbanner stehenden politischen Parteien gespendet hat, schwellte den deutschen Pazifisten die Brust und gab ihnen den Mut, für morgen ihre Heerscharen aus ganz Berlin, Brandenburg und vielen Teilen des Reiches nach Potsdam zu beordern. Es gehört allerdings nicht viel Mut dazu, nachdem das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold an dem Potsdamer Basch-Tage die angenehme Erfahrung hat machen können, daß der preußische Innenminister, Herr Severing, seine ganze, ihm noch immer zur Verfügung stehende Macht einsetzt, um derartige Provokationen einer Organisation, die seine Parteipolitik macht, zu schützen.

Denn um eine Provokation derjenigen Teile des deutschen Volkes, die mit Recht in dem Programm der schwarz-rot-goldenen Pazifisten das Wort „Versöhnung" mit dem Begriff „freiwillige Unterwerfung" gleichsehen, handelt es sich auch morgen wieder. Sie ist um so größer, als in der Tatsache, daß die Reichsbannerkundgebung wieder in Potsdam stattfindet, der Triumph über das Gelingen der Basch-Kundgebung zum Ausdruck kommt. Die morgige Fahnenweihe der Reichsbannerleute in Potsdam soll ein Siegesfest sein, das in seinem Anlaß und seinem Zustandekommen nur durch die hohe Protektion des preußischen Innenministers ermöglicht wurde. Die Fahnenweihe soll zugleich der demonstrative Beginn des Wahlkampfes derjenigen Parteien sein, die hinter dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold stehen: der Sozialdemokraten und der Demokraten. Sie feiern gemeinsam, sie wollen gemeinsam kämpfen, sie reichen sich in den Kameradschaften des Reichsbanners die Hand zum Bunde gegen das nationale Bürgertum, für das Potsdam nicht das Symbol öden Drills und stumpfer Unterwürfigkeit, sondern der Hort einer Tradition ist, die, wie Friedrich der Große es gelehrt hat, jedes Opfer zur Wahrung nationaler Freiheit und Selbstbestimmung von den Staatsbürgern verlangt. Das ist der Geist von Potsdam, der sich allerdings mit dem Internationalismus der Reichsbannerparteien schlecht verträgt. Der „Vorwärts", das offiziöse Organ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, begrüßt den morgigen Tag, indem er den Geist von Weimar dem Geist von Potsdam entgegenstellt. Der Geist von Weimar, wie er sich jetzt uns darbietet, ist der Geist, der Herriots Abrüstungsphrasen zujubelt und über Nollets Rüstungsprogramm hinwegsieht. Der Geist von Weimar, wie ihn der „Vorwärts" als Motto für die morgige Potsdamer Kundgebung predigt, stellt den leicht betörten Massen die Lage Deutschlands im Kreise seiner Feinde bewußt wahrheitswidrig dar. Er will Parteianhänger werben, selbst wenn das Vaterland dabei zugrunde geht.

Der morgige Reichsbannertag soll ein Werbetag für Sozialdemokraten und Demokraten sein. Mögen die Schichten und Parteien, gegen die die Demonstration gerichtet ist, die Provokation in ihrem Kern erfassen und die Lehre ihr entnehmen, daß sie geschlossen am 7. Dezember die Antwort geben müssen. Die Regierung aber mag sich überlegen, zu welchen Weiterungen es führen kann, wenn sie erlaubt, daß eine zahlenmäßig sehr große, militärisch organisierte Truppe mit Unterstützung der Behörden den Wahlkampf für bestimmte Parteien eröffnet. Denn widerholt ist vom „Vorwärts" und seinen demokratischen Pressefreunden ausdrücklich gesagt worden, daß das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold „die Wahlen machen" soll. Gegenbewegungen können nicht ausbleiben.

Dr. J.